

„Ich fürchte einen dramatischen Abbruch“

Frédéric Petit, zuständiger Abgeordneter für die Auslandsfranzosen, über die deutsch-französischen Beziehungen in der Corona-Krise

Paris/Baden-Baden – Wie haben sich die Wochen der geschlossenen Grenzen auf das deutsch-französische Verhältnis ausgewirkt? Frédéric Petit, Abgeordneter der Nationalversammlung in Paris und zuständig für die Franzosen in Deutschland und Mitteleuropa, äußert sich im Interview mit BT-Redakteur Dieter Klink.

Interview

BT: Herr Petit, wie viel Wut hatten Sie in der deutsch-französischen Krise, als einige Grenzen geschlossen waren, und was hören Sie diesbezüglich von ihren Landsleuten in Deutschland?

Frédéric Petit: Als Abgeordneter der Franzosen, die in Deutschland und Mitteleuropa leben, wurde ich von meinen Landsleuten in der Corona-Krise sehr in Anspruch genommen. In der Tat hat die Krise viele Errungenschaften, an die die Franzosen gewohnt waren, infrage gestellt. Ich habe die französische Regierung mehrmals darauf aufmerksam gemacht und auch einen schriftlichen Beitrag verfasst zum Gesetz über die Verlängerung des Notstands, das vergangene Woche in der Nationalversammlung beraten wurde. Darin habe ich die rasche Wiedereröffnung der Grenzen in Europa und die stärkere Berücksichtigung der Situation der Franzosen im Ausland gefordert.

BT: Wie weit haben die Corona-Maßnahmen Deutschland und Frankreich auseinandergetrieben?

Petit: Im Zentrum dieser Krise spüre ich eine grausame Abwesenheit des deutsch-französischen Verhältnisses, die uns auf den Prüfstand stellt. Unter der Oberfläche unsere Gewohnheiten unter Freuden fürchte ich, dass sich da ein dramatischer Abbruch in den Beziehungen vollzieht. Die neuen und traurigen Meinungsverschiedenheiten entlang der Grenze haben sich schon sehr früh gezeigt. Was in dieser Gesundheitskrise auf dem Spiel steht, geht über Grenzfragen und die Öffnung der Grenzen hinaus. Unsere beiden Länder müssen aus der Pandemie gemeinsam herausfinden, und zwar auf Dauer. Entscheidend ist, dass sich beide Länder miteinander abstimmen, um einen Niedergang unserer beider Wirtschaften zu verhindern. Ich arbeite dafür mit meinen Kollegen der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung zusammen. In der Tat gehört zu den Aufgaben der Parlamentarischen Versammlung, sich um Themen zu kümmern, die Deutschland und Frankreich im Ganzen betreffen. Wir wünschen uns, dass im Umgang mit dieser Krise unsere Parlamentarische Versammlung schnell die Rolle des Kontrolllehrs und Impulsgebers der jeweiligen Gesetzgeber übernimmt. Wir, die Gewählten, repräsentieren den deutsch-französischen Bürgerwillen, und wir müssen uns an eine deutsch-französische Exekutive wenden.

BT: Befürchten Sie, dass ein bleibender Schaden und gegenseitiges Misstrauen entstehen?



„Gemeinsam sind wir stärker“: Frédéric Petit schlägt vor, ein deutsch-französisches Tourismusprogramm für den Sommer 2020 aufzulegen.

Foto: reid

Petit: Ich bin davon überzeugt, dass das deutsch-französische Verhältnis solide ist. Als Beweis führe ich an, dass deutsche Krankenhäuser französische Corona-Patienten aufgenommen haben. Nur muss das deutsch-französische Verhältnis in Zeiten der Krise noch bewusster gelebt werden. Das haben uns Kanzlerin Angela Merkel und Präsident Emmanuel Macron am Montag mit ihrer gemeinsamen Initiative für eine europäische Initiative gezeigt. Ich begrüße diese gemeinsame Erklärung und bin sehr glücklich darüber, denn dieser gemeinsame Hilfsfonds ist ein großer Schritt in Richtung

Integration der EU. Daher arbeite ich unermüdlich dafür, dass unsere Parlamentarische Versammlung konkret und dringend zur Tat schreitet. Den Ausweg aus der Krise müssen wir gemeinsam koordinieren, dazu gehört die Öffnung der Grenzen, aber auch für die vielen Wirtschaftsbereiche, für Wissenschaft und Universitäten und für alle Fragen, die die Bürger betreffen, sowie den Bildungs- und Kulturbereich.

BT: Übernehmen die Nationalstaaten in der Krise wieder die Oberhand – zu Lasten der europäischen und grenzüberschreitenden Zusammenar-

beit?

Petit: Egal was kommt: Ich bin davon überzeugt, dass das Schicksal unserer Länder innerhalb der EU miteinander verbunden ist. Wir brauchen natürlich Koordination zwischen Deutschland und Frankreich, aber auch mit den anderen Partnern der EU, um ganze Teile der Industrie wieder hochzufahren. Die Lockerung der Corona-Maßnahmen muss unbedingt aufeinander abgestimmt sein, um effektiv zu sein. Die Finanzpläne müssen Branche für Branche gemeinsam aufgestellt werden, nicht nur für Regionen, Länder oder epidemiologische Gefährdungs-

stufen. Wie kann Toulouse den Ausstieg aus der Krise unabhängig von Hamburg planen, ohne Kollateralschäden für Airbus? Wie können wir die Wertketten der Autoindustrie wieder hochfahren? Sollten wir nicht auch unsere Produktionskapazitäten für Masken, unsere Forschung für die Tracing-App zusammenlegen?

BT: Was sollten wir aus der Krise für die Zukunft lernen?

Petit: Als ehemaliger Rugby-Spieler weiß ich, dass Gruppenarbeit wichtig ist. Wir müssen uns mehr austauschen und abstimmen, um uns noch besser kennenzulernen und besser im Interesse beider Völker zu handeln. Auf meine Bitte hin wird die Parlamentarische Versammlung am 28. Mai die beiden Innenminister Horst Seehofer und Christophe Castaner über den Ausstieg aus der Krise und die koordinierte Wiedereröffnung der Grenzen anhören. Gemeinsam sind wir stärker. Deshalb schlagen wir vor, ein Tourismusprogramm für Sommer 2020 aufzulegen: einen deutsch-französischen Plan für einen Tourismus der Entdeckung und der Nähe. Mit Regeln und gemeinsamen Kontrollen der Reisebewegungen zwischen den beiden Ländern wollen wir Tourismus ermöglichen – ohne das Risiko großer Menschenversammlungen, überfüllter Orte und Fernreisen. Es geht um Ökotourismus, Wandern und Fluss-Tourismus. Wir sollten Bildungsprogramme und Kulturaustausch auf den Weg bringen, das Vereinsleben und unsere Städtepartnerschaften wiederbeleben. Wir sollten wieder Interesse füreinander entwickeln.

Leserforum

Das wäre ein Armutszeugnis

Thomas Lorenz aus Iffezheim schreibt zum Plan von Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU), härtere Strafen für Verkehrssünder teilweise wieder zurückzunehmen:

Bescheuerte Ansicht des Verkehrsministers, diese von ihm mitunterzeichnete Regelung wieder zurückzunehmen zu wollen.

Kommt der Druck von den PS-Proten, die sich Fahrzeuge im Hunderttausend-Euro-Bereich leisten können? Die können dann weiter kräftig aufs Gaspel drücken. Ein höheres Bußgeld zahlen die aus der Portokasse. Ein Monat nicht selbst fahren zu können, tut deutlich mehr weh.

Für den, der innerhalb geschlossener Ortschaften mit über 70 km/h fährt, ist ein Fahrverbot von einem Monat gerechtfertigt. Wer berücksichtigt die gefährdeten Passanten und Kinder, wenn jetzt die Re-

gelung zurückgenommen würde? Wo ist das Hirn der Politiker hingerutscht, die solche Gedankengänge wie Herr Scheuer haben? Im Übrigen wurde die verschärfte Regelung doch sicher mit Verstand und wohlüberlegt entschieden. Ansonsten stellen sich die Entscheider, auch Herr Scheuer gehörte dazu, ein Armutszeugnis aus, wenn sie jetzt wieder zurückrudern wollen.

Finger in die Wunde gelegt

Heinz Kirchenmaier aus Baden-Baden schreibt zum Beitrag „Gemeinderat distanziert sich von Palmer“ (BT vom 15. Mai), über den Konflikt mit Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer:

Schmier-Theater. Wer will es anders benennen, was da mit einem zugegeben nicht selten rebellischen, aber aufrechten Mann in letzter Zeit veranstaltet wurde? „Man hat (anlässlich diverser Corona-Behandlungen) womöglich Per-

sonen gerettet, die in einem halben Jahr sowieso gestorben wären“, hat er gesagt. Das ist meines Erachtens eine ganz simple, zutreffende „Feststellung“, die halt leider den „Tatsachen“ entspricht. Was haben findige Journalisten und öffentlichkeitsgeile Möchtegern-Politiker aus dieser „Feststellung“ gemacht? Fake News! Was machen diese lautstark die Öffentlichkeit glauben? Es wird Herrn Palmer unterstellt, dass er kaltblütig befürworte, solche schwerkranken Leute ohne Not – gar mit Vorsatz – doch gleich sterben zu lassen. Mit viel bösem Willen wurde aus seiner zutreffenden „Feststellung“ eine böse, verdrehte „Botschaft“ gedreht. Die antiken Sophisten Griechenlands hätten es durch Wortverdrehungen nicht besser gekonnt. Aus einem Unschuldigen wurde ein Täter konstruiert. Wie tief sind insbesondere viele – früher mal hoch angesehene – Grünenpolitiker denn gesunken? Sind sie noch unbesehbar wählbar? Sollten diese nicht heilfroh sein, einen gewieften OB in Tübingen zu haben? Ist er nicht Sohn eines weit bekannten „Remstal-Rebellen“? Haben diese nicht das Herz am rechten Fleck? Was ist daran schlecht, auch mal unangenehme Dinge auszusprechen und die Finger in eine Wunde zu legen?

Sorgfalt geboten

Hanne Kirberg aus Baden-Baden schreibt zum Beitrag „Chlor im Schwimmbad

wirkt desinfizierend“ (BT vom 15. Mai) auf der Kinderseite BLIXX:

Ihrer BLIXX-Seite war zu entnehmen, dass die Freibäder wieder geöffnet seien und problemlos genutzt werden können, unter anderem deshalb, weil Chlor bekanntlich desinfizierend wirkt. Richtig ist: Es haben in Baden-Württemberg derzeit weder die Freibäder geöffnet, noch wäre ein Besuch dort uneingeschränkt und unbedenklich möglich. Die BLIXX-Seite wendet sich an junge Leser. Gerade deshalb halte ich Sorgfalt in der Berichterstattung für besonders geboten.

Dialog statt Verunglimpfung

Reinhard Springer aus Baden-Baden schreibt zum Beitrag „Protest gekapert?“ (BT vom 6. Mai):

Ministerpräsident Winfried Kretschmann sorgt sich um eine Unterwanderung von Rechtspopulisten und Verschwörungstheoretikern bei Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen, ist da zu lesen. Rückblende: Anti-Atomkraftbewegung (der Gau von Tschernobyl stand noch bevor) und Friedensbewegung (Nato-Doppelbeschluss) in den 80er Jahren. Viele aufstrebende Jung-Politiker, Richter (Sitzblockaden), Ex-Militärs und Bürger befanden sich unter den Demonstranten. Und weil sie gegen staatliche Interessen waren, wurden auch sie mit vielen

Titel bedacht: Lumpenpack, Kommunisten, Staatsfeinde, Dreckspack und mehr. Auch sie mussten erst über Verfassungskommissionen und Verfassungsgerichte für ihr Widerstandsrecht, Gewissensfreiheit und Versammlungsfreiheit auf das Grundgesetz aufmerksam machen. Über Lüchow-Danzenberg schwebt heute noch eine Aura der damaligen Bewegung. Ich war vor zwei Jahren dort. In Stuttgart demonstrieren seit Wochen samstags mehrere Tausend Menschen friedlich, gegen die Corona-Maßnahmen. Heute werden sie als Verschwörungstheoretiker, Rechtspopulisten, die ihren Kurs gewechselt haben und auf einmal strikt alles ablehnen, bezeichnet, wird Kretschmann zitiert. Diese Zuweisungen sind schon inflationär. Vor Ort kann man genau prüfen, ob dem so ist.

Und nie kommt etwas auf einmal, sondern eine Ablehnung staut sich schon Wochen vorher an. Mit der Zeit wächst die Unzufriedenheit. Wenn Menschen den Sinn einer Maßnahme hinterfragen und dafür auf die Straße gehen, sollte nicht Vernunft angemahnt, sondern zum Dialog aufgerufen werden, anstelle von Verunglimpfungen.

Sachliche Betrachtung

Jürgen Lambrecht aus Baden-Baden schreibt zum Beitrag „Hochkonjunktur der Verschwörung“ (BT vom 16. Mai):

Verschwörungstheorien sind

in öffentlichen Diskussionen ein ernstes Problem. Nur ist es sinnlos, sich direkt gegen sie zu wenden. Denn sie sind in aller Regel nur ein Symptom. In der Corona-Krise sind die Ursachen dafür deutlich erkennbar. Viele Bürger halten die sogenannten Corona-Maßnahmen für unangemessen. Sie wirken unausgegoren, fahrig, ja hilflos und inkonsistent und vor allem überzogen.

Das gilt sowohl für die wissenschaftlichen Empfehlungen als auch für die Politik. Viele haben das Empfinden, da werde zu unser aller Schaden überreagiert. Der Föderalismus, sonst eine gute Einrichtung, verstärkt mit seinem Flickenteppich der Maßnahmen diesen Eindruck. Auch Profilierungssucht der Politiker in dieser Krise, so sehr sie menschlich nachvollziehbar sein mag, fördert nicht gerade die Glaubwürdigkeit der Maßnahmen.

Experten außer Diensten werden nicht gehört, Experten im Amt, die sich sogar wissenschaftlich konkret mit der Krise befassen, äußern sich mit ihrer Kritik so vorsichtig, dass sie im öffentlichen Diskurs fast untergeht. Es ist menschlich verständlich, dass eine neuartige Viruspanemie zur Verunsicherung auf allen Seiten führt. Dennoch sollten wir zu einer ruhigen und sachlichen Betrachtung der Lage finden. Aber auch bei aller vielleicht berechtigten Kritik an den Corona-Maßnahmen müssen wir die behördlichen Anordnungen strikt befolgen. Wenn wir das nicht tun, beschädigen wir die Handlungsfähigkeit unseres Staates.

Leserforum

Leserbriefe spiegeln nicht immer die Meinung der Redaktion wider, obwohl diese die presserechtliche Verantwortung für die Veröffentlichung übernimmt und sich deshalb sinnerhaltende Kürzungen oder eine Ablehnung vorbehalten.

Folgende Kriterien müssen erfüllt sein:

- Bezug auf die Berichterstattung im BT,
- maximale Länge von 60 Zeilen zu jeweils 27 Anschlägen,

- Nennung des Namens, der vollständigen Adresse sowie der Telefonnummer des Verfassers in dem Schreiben an die Redaktion. Veröffentlicht werden Name und Wohnort. Zuschriften von Amts- und Mandatsträgern, die sich auf ihre Tätigkeit als Amts- und Mandatsträger beziehen, werden nicht als Leserbriefe, sondern als Pressemitteilungen behandelt.

Aufforsten gegen Geld

Landesregierung will Waldbesitzern im Kampf gegen die Dürre helfen / Hauk wirbt für neues Prämienmodell

Von Brigitte J. Henkel-Waidhofer

Stuttgart – Weil Waldbesitzer angesichts von Dürre und Absatzschwierigkeiten auf die Idee kommen könnten, ihre Wälder nicht mehr zu bewirtschaften, will Agrarminister Peter Hauk (CDU) mit einem neuen Prämienmodell Anreize schaffen.

Bisher seien alle Förderungen an aktive Maßnahmen gekoppelt, sagt Hauk, viele könnten sich die aber nicht leisten. Der Grund: Der Holzverkauf ist eingebrochen. Im Doppelhaushalt 2020/2021 stellt die Landesregierung bereits 80 Millionen Euro über einen Notfallplan zur Verfügung.

Die neue Prämienidee ist flächenbezogen, bundesweit einmalig und dennoch nicht ohne Vorbild. Denn schon in früheren Jahren konnten sogenannte Ausgleichszulagen für die Bewirtschaftung beantragt werden. Auch nach dem Orkan Lothar 1999, erinnert sich der Minister, der selbst gelernter

Förster ist, „wären sonst viele Besitzer aufgrund mangelnder Liquidität vor einer aussichtslosen Situation gestanden“.

Jetzt sei eine Förderung vorstellbar, „wenn Wälder in einem wirtschaftlich und klimatisch extrem schwierigen Umfeld weiter wie bisher ordnungsgemäß gepflegt werden“. Derzeit prüfen die Fachleute, wie eine Neuauflage aussehen könnte. Man stehe ganz am Anfang, heißt es. Außerdem müsste der Koalitionspartner zustimmen, allerdings dauert die Legislaturperiode nur noch ein knappes Jahr.

Corona-Krise verschärft Wald-Krise

Die Zeit drängt ohnehin. 2018 sei es sehr trocken gewesen, so der Minister, 2019 sehr heiß, „und der April 2020 war der trockenste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen“. Nach den jüngsten Regentagen gebe es in der Landwirtschaft „noch nichts, was nichts gutzumachen ist“.

Im Wald allerdings sehe es ganz anders aus. Auch, weil der Borkenkäfer schon zu Ostern selbst in hohen Lagen ausgeflogen sei – beispielsweise im Nordschwarzwald, wo die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt (FVA) in Freiburg das Geschehen käfergenau dokumentiert. Durch die Corona-Krise werde die Situation extrem verschärft, sagte Hauk auf der wöchentlichen Regierungspressekonferenz mit Ministerpräsident Winfried



Der Abtransport von Schadholz in den vergangenen regenreichen Monaten hat viele Forst- und Wanderwege beschädigt.

Foto: Frey/dpa

Kretschmann (Grüne). Sie zwingt die Sägeindustrie zu einer deutlichen Drosselung der Produktion. Die Konsequenzen seien schwindende Holzabsatzmöglichkeiten und ein zusätzlicher Verfall der Holzpreise. Zugleich sei die zur Eindämmung von Borkenkäferschäden so wichtige rasche Holzabfuhr aus den Wäldern nicht im nötigen Umfang möglich, weil Geräte und Arbeiter fehlten.

Kurzfristig will die Landesregierung mit dem Notfallplan helfen, der auch 130 neue Stellen vorsieht. Hauk plädiert aber auch für eine Motivationsstrategie, um „Waldbesitzer zu animieren, den Wald zu erhalten“. Teilweise funktioniere das auf natürliche Weise, andererseits müsse auch nachgeholfen werden, und zwar von Hand. Das Ziel sieht der Minister darin, neue Bestände dem Klimawandel anzupassen.

Die SPD kritisierte das Vorgehen. Eine Flächenprämie für Waldbesitzer berge die Gefahr von Gießkannensubventionen – also Hilfe auch für die, die sie nicht benötigen, betonte Reinhold Gall, der forstpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Kretschmann ist offen. Aktuell stehe mit Corona anderes im Vordergrund, aber „wir müssen die Dinge vorbereiten, um in einer wahrscheinlich noch viel größeren Krise zu bestehen“.

Im Blickpunkt

Schutz vor Viren und Abschreiben

Stuttgart (lsw) – Einen Monat später als vorgesehen starten heute die Realschulabschlussprüfungen in Baden-Württemberg. Vor Ausbruch des Coronavirus war der Prüfungsbeginn für den 22. April geplant. Rund 41 000 Realschüler und 6 000 Werkrealschüler müssen zunächst schriftlich und im Fach Deutsch ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen. Sie werden aber auch ungeachtet der Corona-Verordnungen mit Abstand zueinander sitzen, um nicht abschreiben zu können, teilte ein Sprecher des Kultusministeriums gestern mit. Unter erschwerten Bedingungen erfolgt seinen Angaben nach die Prüfungsorganisation für Lehrer und Schulleiter. Sie müssten eine sichere Ankunft der Schüler regeln und konnten an Konferenzen im Vorfeld teils nur digital teilnehmen. Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) bat die Lehrer, ihren pädagogischen Spielraum zu nutzen. Die Schüler konnten ohne Angabe von Gründen zwischen Haupt- und Nachtermin wählen. In der heute anstehenden Deutschprüfung können die Realschüler sich eine von vier Aufgaben aussuchen. Beispielsweise können sie sich mit dem Rahmenthema „Herausforderung Digitalisierung?“ befassen. Am 25. Mai folgt die Prüfung im Fach Mathematik, am 27. Mai in Englisch und am 28. Mai in Französisch. Die mündlichen Prüfungen beginnen am 20. Juli.

Zitat

„Ich gucke immer, wenn ich nach Hause komme, ob in meinem Regenschirm was drin ist. Mir persönlich geht es so, dass ich mich über das schöne Wetter nicht mehr so richtig freuen kann.“

Ministerpräsident Winfried Kretschmann. (bjhw)



Der Sturz des Brockens auf die Straße hat gezeigt, dass der Hang instabil geworden ist.

Foto: Merz/Stadt Todtnau/dpa

Todtnau: Weiterer Felssturz möglich

250 Tonnen Gestein werden gesprengt

Todtnau (lsw) – Nach dem Sturz eines tonnenschweren Felsbrockens auf eine Straße bei Todtnau im Südschwarzwald Anfang des Monats sollen die geplanten Sicherungsarbeiten Ende Mai beginnen.

In dem steilen Waldgebiet rund 50 Meter über der Landesstraße 149 bei Präg müssen 250 Tonnen Felsen gesprengt und abgetragen werden, teilte das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Baden-Württemberg in Freiburg mit. Die Vorbereitungen dafür seien umfangreich, dies koste Zeit. Die Felsen und Steine seien instabil und könnten jederzeit in die Tiefe stürzen. Bis sie gesprengt und beseitigt werden, bleiben die Landesstraße und ein Wanderweg in dem Gebiet gesperrt. Das kann noch Wochen dauern.

Am 3. Mai gegen 19.30 Uhr war bei Todtnau im Kreis Lörrach ein zehn Kubikmeter gro-

ßer Felsen in die Tiefe auf die Straße gestürzt. Er hatte sich von einer Felswand gelöst. Verletzt wurde niemand. Nach dem Unglück hatten Experten weitere Felsen entdeckt, die nicht mehr sicher sind.

Die geplanten Arbeiten in dem Naturschutzgebiet seien gefährlich, sagte ein Behördensprecher. Sie erforderten Experten und eine gründliche Planung. Ein schnelles und unkompliziertes Beseitigen der instabilen Felsen sei daher nicht möglich.

Erst im vergangenen Herbst war in Todtnau ein ganzes Wohngebiet für mehrere Monate geräumt worden, weil lockeres Gestein auf die Häuser hinabzustürzen drohte. In dem Gebiet wird laut dem Todtnauer Rathaus nun auf einer Länge von einem Kilometer ein Sicherungszaun gebaut. So soll verhindert werden, dass Felsen auf Häuser stürzen.

Mysteriöse Blutspur im Wald

Schopfheim (lsw) – Ein blutender Hund hat in einem Wald in Schopfheim (Kreis Lörrach) zu einem Polizeieinsatz geführt. Ein Zeuge habe gemeldet, dass er zunächst ein Auto und später das Blut entdeckt habe, teilte die Polizei mit. Der Vorfall am Montagabend wurde schnell aufgelöst, als sich eine Frau meldete: Ihr Vierbeiner hatte sich beim Spaziergang an einem Ast verletzt, woraufhin ihr Mann sie und das Tier mit dem Auto abholte und zum Tierarzt brachte.

Zwei Straftäter in Untersuchungshaft

Iffezheim/Kehl (red) – Bundespolizisten haben zwei gesuchte Straftäter verhaftet. Gegen einen 39-jährigen Rumänen, der am Sonntag am Grenzübergang Iffezheim kontrolliert wurde, bestand ein Untersuchungshaftbefehl wegen Bandendiebstahls. Ein 23-jähriger Tunesier wurde wegen Wohnungseinbruchdiebstahls gesucht. Er wurde am Montag im Bahnhof Kehl kontrolliert.

In Kürze

Bewerbung: Die Kulturregion Karlsruhe sucht einen Kulturmanager. Zunächst bis Ende 2023 soll die Person mit dazu beitragen, Kulturakteure stärker zu vernetzen, regionale Projekte zu begleiten und in ausgewählten Bereichen zu unterstützen. Die Ausschreibung ist unter anderem auf www.region-karlsruhe.de veröffentlicht. Bewerbungen können bis 14. Juni an bewerbung@region-karlsruhe.de eingereicht werden. (red)

Anzeige




OFFIZIELLER ZEITNEHMER

GALOPP RENNBahn BADEN-BADEN • IFFEZHEIM



SEID DABEI!

GALOPP „Daheim“

AM 23. UND 24. MAI AB 12.30 UHR
LIVESTREAM UND ALLE INFORMATIONEN AUF
WWW.BADEN-RACING.COM

DIE LEISTUNGSPRÜFUNGEN FINDEN OHNE ZUSCHAUER STATT